

Jürgen Bellers & Markus Porsche-Ludwig

Eine andere Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland
von 1945 bis 2015
– 70 Jahre: von einer fast normalen Nation
zu einem Staat auf Abwegen

Verlag Traugott Bautz GmbH

Jürgen Bellers & Markus Porsche-Ludwig

**Eine andere Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland
von 1945 bis 2015**

– 70 Jahre: von einer fast normalen Nation
zu einem Staat auf Abwegen

UMSCHLAG, LAYOUT & SATZ: Elke Molkenhain
mo.tif visuelle kunst | www.mo.tif.de

Bildnachweise Umschlag:

Zertrümmertes Wohngebiet, Dresdener Dom, Fischerei, Landwirtschaft, Glastechnik, Bergbau, Elektrotechnik:
Deutsche Fotothek [CC-BY-SA-3.0-de (<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>)],
via Wikimedia Commons

Konrad Adenauer: Bundesarchiv, B 145 Bild-F078072-0004 / Katherine Young / CC-BY-SA

Honecker/Meisner: Bundesarchiv, Bild 183-1987-1023-049 / Mittelstädt, Rainer / CC-BY-SA

Nürnberger Prozess, Angeklagte: Bundesarchiv, Bild 183-V01732 / CC-BY-SA

Demo gegen Abtreibung: Bundesarchiv, Bild 183-1990-1121-008 / Link, Hubert / CC-BY-SA

Castor Transport Gorleben: BUNDjugend, 22a, via Wikimedia Commons

Prora, Brückenadler, Mindestlohn, Reichstag: Elke Molkenhain, mo.tif visuelle Kunst

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-88309-890-6

Mai 2014

© Verlag Traugott Bautz GmbH

Ellernstr. 1

D-99734 Nordhausen

Tel.: 03631/466710

Fax: 03631/466711

E-Mail: bautz@bautz.de

Internet: www.bautz.de

Inhalt

Vorwort	VII
--------------------------	-----

A. Personen, Ideen und Institutionen

I. Fragestellung: Personen und Ideen	3
II. Institutionen	8

B. Politikbereiche – chronologisch

I. Innenpolitik	13
1. Wirtschaft und Soziales ¹	13
2. Recht	22
3. Bildung	30
4. Gesundheit	40
5. Energie	54
II. Außenbeziehungen	59
1. Außenpolitik ²	59
2. Außenwirtschaft	69
3. Landwirtschaft	75
4. Perspektiven	87

1 Zugleich ein erster historischer Überblick.

2 Zugleich ein erster historischer Überblick.

Anhang

1. Der Anspruch auf deutsche Einigung – Verfassungsdebatte aus Anlass der Wiedervereinigung	90
2. Änderungen des Grundgesetzes seit 1949	98
3. Wahlprogramme der Parteien im Vergleich.	104
4. Chronologie der Europäischen Integration	110
5. Weiterführende Literatur	117
Abkürzungen.	118
Die Autoren.	122

Vorwort

Der vorliegende Überblick über die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland der letzten 70 Jahre versucht – in Abhebung zu den üblichen Darstellungen – einen anderen Weg in der Geschichtsschreibung zu beschreiten. Ausgangsthese ist, dass nicht Akteure oder Gesellschaftsmitglieder handeln, sondern je besondere, historisch gewachsene, freie Personen, die in Gemeinschaften hineingeboren werden. Sie handeln nicht nur nach Interessen, sondern insbesondere nach Ideen.

Der Band richtet sich an Studierende (nicht nur) der Sozialwissenschaften im Grund- und Hauptstudium, soll ihnen bei der Erschließung der Geschichte einen Weg aufzeigen. Dies fällt heute immer schwerer im Gewirr von „Fakten“ und oft lebensfremden Theorien. Darüber hinaus richtet sich der klar strukturierte und in einer verständlichen Sprache verfasste Band an einen breiten Leserkreis in Politik, Verwaltung, Medien sowie alle politisch Interessierten.

Siegen und Hualien, im April 2014,

Jürgen Bellers und Markus Porsche-Ludwig



Personen, Ideen
und Institutionen

A. Personen, Ideen und Institutionen

I. Fragestellung: Personen und Ideen

Die übliche Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik leidet (bis auf Ausnahmen: Hans-Peter Schwarz) unter einem Grau-in-Grau, als sei alles schlecht gewesen: als wären die Arbeiter ständig ausgebeutet und die Frau ständig unterdrückt worden, und zwar von Nazis, die nicht bestraft worden seien. So war es sicherlich nicht. Die deutsche Geschichte nach 1945 war wohl eher eine Erfolgsgeschichte mit einigen Problemen, die nicht verschwiegen werden sollen. Seit 1968, seit der Lockerung aller Sitten durch die sog. Studentenrebellion, erleben wir jedoch demgegenüber eine Gesellschaft, die ihre sozialen Strukturen (Familie, Rollen, Parteien, Verbände, soziale Hierarchien) in NGOs, flüchtigen Medienkampagnen, Projekten, Dauerdemos, One Night Stands erodieren lässt, mit der Folge, dass der Staat zunehmend finanziell und kompensatorisch aktiv werden muss (z.B. Erziehung durch die Schule), was die Verschuldung in selten gekannte Höhen treibt.

Heute leben wir in einem Staat auf Abwegen: Es herrscht ein demokratischer und umweltpolitischer Imperialismus, der wie Wilhelm II. anderen Nationen vorschreiben will, wie sie zu leben haben, und sich so isoliert; und das, wo wir selbst die millionenfache Tötung von Embryos legalisiert haben; ein Staat, der den eigenen Leuten gebietet, wie und was sie denken sollen (*political correctness*), und dessen Medien und kleine Minderheiten die Leute derart terrorisieren, dass sich diese kleinen Gruppen dann gegen die Mehrheit durchsetzen. Die Frauen wollen nicht mehr gebären, und die Männer nicht mehr zeugen. Die Integrationskraft der Deutschen gegenüber Zuwanderern schwindet, „Wellness“ ist das Ziel der Meisten. Usw.

Um diese Geschichte adäquat darstellen zu können, müssen wir uns *zunächst* von den abstrakten Theorien der Universitäten distanzieren und auf die Ebene kommen, wo die Menschen leben. Es sind nicht Akteure oder Gesellschaftsmitglieder, die handeln, sondern je besondere, historisch gewachsene, freie Personen, die in Gemeinschaften hineingeboren werden (Familien, Orte, Milieus, Nationen) und darüber gemeinschaftlich handeln, nicht nur

nach Interessen, sondern vor allem nach Ideen, die in ihrer Weltgegend (hier: Europa) gewachsen sind und denen sie glauben. Dazu kommen Mentalitäten, die den Bürgern eines Nationalstaats durch seine Geschichte mehrheitlich eigen sind.

Deutschland ist ein Gebilde, das sich von seinen europäischen Nachbarn in mancherlei Hinsicht unterscheidet. Wir sind ja ein vielfach gescheitertes Volk, das (im Gegensatz zu den Imperien der Anderen) im Mittelalter sein heiliges Reich nicht etablieren konnte, sondern in Teilstaaten zerfiel, was dann durch Luther noch forciert wurde: Deutschland ist die einzige große Nation, die in zwei gleichberechtigte Konfessionen gespalten ist. Deshalb wurde es seit dem 30-jährigen Krieg zum Opfer der Anderen: Gustav Adolf, Ludwig XIV., Napoleon. Angesichts dieser Lage zogen sich die Deutschen ins Innere biedermeierlich zurück, in Kunst und Kultur, und wollten so eine Kulturnation gründen (Goethe, Friedrich Wilhelm IV., Ludwig II.). Politik war ihnen fern, zumal ihre Fürsten aufgeklärt waren und alles für sie wohl regelten. In Erinnerung an die Gräueltaten des Krieges 1618–1648 war ihnen Ordnung wichtiger als Freiheit, die ja in Form des Protestantismus zur 30-jährigen Katastrophe geführt hatte. Seitdem leiden wir unter einem Regulierungswahn gegen das Chaos, und sei es das Chaos, dass sich die Natur gegen uns wenden könnte.

Noch Bismarcks Reichsgründung 1871 war eher defensiv, weil er den Zusammenschluss der Anderen gegen Deutschland fürchtete: Er erklärte schnell, dass das Deutsche Reich nicht mehr wolle als das, was es 1871 erreicht hatte. Das änderte sich mit den Fundamentalpolitischen Entwicklungen der europäischen Gesellschaften seit 1900, als Massenparteien und Massenverbände entstanden, die Mitsprache wollten. Es war bedauerlicherweise aber gerade in der Zeit, als einige Intellektuelle, Journalisten und Professoren (Max Weber z.B.) die Idee entwickelt hatten, dass sich jede Nation – will sie im Konkurrenzkampf überleben – imperialistisch ausdehnen müsse. Das wurde begeistert von vielen aufgegriffen: Wer ist nicht gerne groß!? Das endete im 1. Weltkrieg – nicht notwendigerweise –, an dessen Ausbruch den Deutschen dann im Versailler Vertrag von 1919 zu Unrecht die alleinige Schuld gegeben wurde. Sie empfanden das als ungerecht, so dass manche sich schließlich der dämonisch-bösen Verführungskraft Hitlers und seinen Nazi-Horden (einer Minderheit) ergaben. Die Geschichte der Bundesrepublik sollte davon bestimmt sein, wie man dieses Grauen verarbeite: als Kollektivschuld, als Kollektivscham; als Auffor-

derung und Tat, so etwas in der Gegenwart militärisch zu verhindern (60 Mio. Morde in Maos China, in Kambodscha 1976–79; in Ruanda 1994); oder als pazifistische Geste, die das gerade (feige?) meidet; oder als tagtägliche „antifaschistische“, alles erfassende Bewegung, die mit allpräsenter *political correctness* die Minipartei NPD bekämpft – und die, die man persönlich zu „seinen Faschisten“ erklärt.

Die führenden Persönlichkeiten, die die deutsche Zeit nach dem 2. Weltkrieg prägten, waren größtenteils knorrige alte Herren, geprägt durch die Leiden der Nazi-Herrschaft, des Krieges und des Widerstandes sowie gebeugt von den schweren Lasten, die ihnen der Völkermord an den Juden u.a., die Kriegsoffer und die Zerstörung Deutschlands durch Hitlers Horden aufgeladen hatten.

Konrad Adenauer hatte sich 1933 den Nazis widersetzt und wurde daraufhin von ihnen als Kölner Oberbürgermeister abgesetzt und verfolgt, er war mehrmals im KZ.

Der erste SPD-Vorsitzende von 1946 bis 1952, Kurt Schumacher, einarmig und einbeinig, saß fast durch die gesamte Nazi-Zeit im KZ und konnte dann nach 1945 die Zerschlagung der SPD in der Sowjetischen Besatzungszone durch die „Rot-Faschisten“ (Schumacher) und die vieltausendfache Ermordung von ostdeutschen SPD-Mitgliedern in den alten KZs der Nazis nicht verhindern.

Herbert Wehner, das geheime Machtzentrum der SPD der 50er bis Ende der 70er Jahre, war in der KPD der Weimarer Republik, musste dann in der Sowjetunion die 20 Mio.-fachen Massen- und Völkermorde Stalins miterleben, und distanzierte sich dann 1944 deshalb vom Kommunismus, der ihm aber weiter als Schuld anhing.

Mit den nach 1945 aus dem westlichen Exil zurückgekehrten deutschen Exilpolitikern, die hier nicht diffamiert werden sollen (!), kam ein anderer Menschenschlag zurück: weniger verbittert, weniger misstrauisch und taktisch, und umgänglicher, so die SPD-Vorsitzenden Ollenhauer und Sonnyboy W. Brandt, oder der DGB-Vorsitzende Rosenberg. Sie sollten dann auf die 60er und 70er Jahre der Bundesrepublik verweisen. – Alle führenden Persönlichkeiten der frühen Bundesrepublik hatten keine Nazi-Belastung.

Kohl ist dann schon dominant Nachkriegszeit, aber vom Krieg noch derart in Mitleidenschaft genommen, dass der Europagedanke sein zentrales Ziel war, um einen solchen Krieg für immer zu verhindern.

Schröder ist das Symbol des allgemeinen sozialen Aufstiegs auch der Unterschichten und Zeichen des deutschen Erfolgs, dem deshalb wahrscheinlich auch eine gewisse Knorrigkeit und Kampfeslust nicht abzusprechen ist. Merkel repräsentiert den links gewendeten Nachkriegsprotestantismus (auch aus der DDR), sie verbindet dies mit enormer Flexibilität.

(Ideen)

Diese Politik bestimmenden Personen unterscheiden und unterschieden sich durch die Ideen, denen sie anhängen und die bis heute dominant zur deutschen und europäischen politischen Kultur gehören.

Adenauer war durch und durch katholisch und daher in der von ihm mitbegründeten christlich-demokratischen Partei gut aufgehoben. Die katholische Soziallehre hat die von Gott geschaffene Person zur Grundlage. Diese Person hat – im Gegensatz zum individualistischen Liberalismus – einen Gemeinschaftsaspekt: Alle Menschen werden von Müttern in Familien geboren –, aber auch einen Individualaspekt – im Gegensatz zum Sozialismus –: Jeder Erwachsene kann auch in jeder Situation zwischen Gut und Böse frei entscheiden. Dieser Doppelaspekt wurde optimal unter Adenauer in der sozialen Marktwirtschaft verwirklicht: nämlich einer freien, privatwirtschaftlich betriebenen, mittelständischen Marktwirtschaft, deren Funktionieren allerdings durch staatliche Rahmenordnungen gesichert wird (stabile Währung, soziale Mindestsicherung, Kartellverbote, vorhersehbare Rechtsprechung, Eigentumsgarantie in der Verfassung – Art. 14 Grundgesetz [GG]). Schon in der Ära Kohl, erst recht unter Merkel, hat sich die Christdemokratie in Deutschland nach links entwickelt, indem sie z.B. Anfang der 90er die Pflegeversicherung und 2013 den Mindestlohn einführte.

Der Liberalismus (FDP) vertritt eine eigentümliche Ideologie und ist wahrscheinlich deshalb auch nicht mehr so beliebt: Er nimmt an, dass der Mensch ein Einzelwesen sei und erst durch individuell-wechselseitige Verträge so etwas wie Gesellschaft und Staat gründe, die man ggf. auch wieder auflösen könnte: als könne man seine Mutter abwählen! In der Politik wirkt sich das so aus,

dass man den Freiheitsraum des Einzelnen immer weiter ausbauen will: Gay-Paraden, Senkung der Steuern, strikte Trennung von Kirche und Staat usw. Der SPD-nahe soziale Liberalismus der 70er Jahre konnte sich nur in diesem Jahrzehnt halten.

Der Sozialismus in allen seinen Varianten sieht den Menschen *per se* als Gemeinschaftswesen. Sonderentwicklungen von Menschen werden eher skeptisch betrachtet, da ja alle Menschen gleich sind, nicht nur rechtlich, sondern auch von den Fähigkeiten her, deren Nichtentwicklung durch Unterdrückung oder Nichtförderung verursacht seien. Marx behauptet sogar, der Mensch werde erst Mensch durch gemeinschaftliche Arbeit. Habermas fordert die Teilnahme aller (qualifizierten) Menschen an seinen Diskursen, die Normen für das Handeln festlegen sollen. Was, wenn jemand nicht will? Bis zum Godesberger Programm von 1959 hatte die Sozialdemokratie primär Verstaatlichungen als Ziel in ihrem Programm, was dann ersetzt wurde durch das Diktum: „*Soviel Markt wie möglich, soviel Plan wie nötig.*“ Die Programme seit den 70er Jahren sprechen kaum noch von Sozialismus, sondern von einer blassen „*Modernisierung*“. Der SPD ist bewusst, dass sie Wahlen nur in der Mitte der Gesellschaft gewinnen kann. Sozialismus verschreckt da. Geblieben ist der Anspruch auf „*Demokratisierung der Gesellschaft*“, um ungerechtfertigte Herrschaft in allen Lebensbereichen zu beseitigen: mehr Volksabstimmungen, Kindergartenelternbeteiligungsgesetz, betriebliche Mitbestimmung (ausgebaut 1975 von Kanzler Schmidt), usw. Hier besteht allerdings die Gefahr, dass kleine, von den Medien gepuschte Gruppen die parlamentarischen Mehrheiten ausschalten, die – im Gegensatz zu den Gruppen – in Wahlen legitimiert wurden. So haben Minderheiten seit den 70ern den Bau des AKW-Wiederaufbereitungslagers in Gorleben verhindert, um so die gesamten AKWs in Deutschland lahmzulegen. Der Verweis darauf, dass doch jeder solche Gruppen gründen kann, zieht nicht, da es in einem freien Staat keine Pflicht zur Politik geben darf. Das Grundgesetz ist sehr skeptisch gegenüber einer direkten Volksbeteiligung, weil man damals noch wusste, dass 43% der Deutschen die NSDAP gewählt und Hitler an die Macht gebracht hatten.

Die Grünen sind eine Art von links vereinseitigtem Konservativismus, dessen sie sich aber nicht bewusst sind. Sie wollen die Umwelt konservieren, ohne zu bedenken, dass es Evolution gibt, in der auch (Natur-) Katastrophen ihre Rolle spielen. Kommt es zu Katastrophen, so werden sie moralistisch auf die Gier

der Kapitalisten und Banker zurückgeführt. Wenn man die beseitigt, sei das Problem gelöst. Aber es gibt keine Welt ohne Leid.

II. Institutionen

Dazu gibt es meterlange Regale mit vielen Büchern, die die Frage zu beantworten versuchen, wer in Deutschland politisch das Sagen hat. Ein Blick in das Grundgesetz und in die diversen Geschäftsordnungen von Bundesregierung, Bundestag usw. hätte uns das erspart. Was sagt das Grundgesetz? Und wie hat es sich historisch entwickelt? Zunächst sagt die Reihenfolge der Abschnitte des Grundgesetzes etwas über deren Bedeutung aus. Als erster Abschnitt kommen die Grundrechte der Bürger, Grundrechte, die nach Art. 1 GG die „Gesetzgebung, (die) vollziehende Gewalt und (die) Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht“ binden. Der Bürger erhält so eine starke Stellung, insbesondere auch dadurch, dass jedermann nach Art. 93, 4a GG Verfassungsbeschwerde einlegen kann, wenn „die öffentliche Gewalt (ihn) in einem seiner Grundrechte [...] verletzt“. Die Grundrechte richten sich aus der Sicht der Verfassungsväter von 1948/49 im liberalen Sinne gegen den Staat. Erst im Laufe der Geschichte, insbesondere seit den 70ern, sind die Drittwirkungen von Grundrechten vermehrt eingeführt worden: d.h., auch im Verhältnis der Bürger untereinander sind sie zu beachten und einklagbar, so u.a. die erheblich expandierenden Verbraucherrechte. Allerdings gibt es hier Grenzen: So ist z.B. gemäß Antidiskriminierungsgesetz von 2006 kein privater (nicht gewerblicher) Immobilienbesitzer verpflichtet, an ein Homo-Pärchen zu vermieten.

Wir greifen weitere Grundgesetz-Artikel heraus, die für die Machtfrage von Bedeutung sind. Art. 20 (2): „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ Die Wahlbevölkerung entscheidet über die Zusammensetzung des Bundestages und kann hier zuweilen die Richtung der Politik entscheidend ändern, z.B. 1969, als der Sozialdemokrat Brandt Kanzler wurde, oder 1983, als wieder ein Christdemokrat an die Macht kam, nämlich H. Kohl. Aber die Staatsgewalt wird nicht *per se* vom Volk ausgeübt, sondern nur in Wahlen und Abstimmungen. Mit den Wahlen sind unstrittig die normalerweise alle vier Jahre stattfindenden Bundestagswahlen gemeint – wir betrachten hier nicht die

Bundesländer –, was unter Abstimmungen zu verstehen ist, ist nicht ganz klar: Die einen wollen das auf die im Grundgesetz vorgesehene Frage der (territorialen) Neugliederung von Bundesländern beschränken, andere gehen weiter und sind bestrebt, über diesen Passus auch Volksabstimmungen über bestimmte Fragen einzuführen.

Von Bedeutung scheint noch – was das Volk betrifft – der nächste Art. 21: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Das ist so zu interpretieren, dass die Parteien – als Teil des Volkes – in ihm stehend die Diskussionen organisieren, die dann in den Bundestag einfließen – über die Parteien, aber nicht nur über sie. Die Parteien sind also wichtig, sie bestreiten faktisch alleine die Arbeit im Bundestag. Mit dem Ausbau der Parteien zu großen, geschäftsmäßigen Massenorganisationen, der Amerikanisierung der Wahlkämpfe seit den 70ern sowie mit der Verdoppelung ihrer Mitgliedschaft seitdem (die dann aber wieder bis heute um die Hälfte schrumpfte) nahm der Machtanspruch der Parteien zu: Sie wurden nun in vielen gesellschaftlichen Bereichen präsent, von den Rundfunkräten (in den Programmräten des ZDF sitzen die Generalsekretäre der Parteien) bis zur Besetzung der Rektoren von Grundschulen in unseren Gemeinden. Allerdings gingen die Parteizeitungen – vor allem der SPD – seit diesen 70ern in Konkurs, weil keiner sie mehr lesen wollte.

Der zweite Abschnitt des Grundgesetzes betrifft die gemeinsamen Bestimmungen für Bund und Länder, die den Bundesländern eine große Macht geben. Sie sind nach Art. 30 die primären Träger der staatlichen Aufgaben. Das trifft sicherlich einerseits zu, wenn auch nicht ganz so intensiv, wie es in Art. 30 erscheint: Wenn wir als Bürger etwas mit dem „Staat“ zu tun haben, so sind es oft (kommunale) Behörden wie das Rathaus (die Kommune ist „Teil“ der Bundesländer), aber auch Bundesbehörden. Mit denen haben wir es vor allem beim Finanz- und Kreiswehersatzamt zu tun (Art. 87 ff.). Auch beim Arbeitsamt. Das lässt den für die Länder so bedeutsam erscheinenden Art. 30 schon etwas anders aussehen. Die Große Koalition von 1966 bis 1969 hatte bereits Teile der Hochschulrahmengesetzgebung, der Konjunkturpolitik und der regionalen Wirtschaftsförderung auf den Bund verlagert, als Gegenzug dafür, dass der Bund die z.T. armen Bundesländer finanziell unterstützen musste. Das wird dadurch verstärkt, wenn man in die Abschnitte VII und VIII des Grundgesetzes schaut. Schon Art. 32 weist dem Bund fast alleine die Außenpolitik zu. Noch weiter geht es in den Art. 73 und 74, in denen dem Bund im Laufe der Zeit

die Gesetzgebungskompetenz in immer mehr Bereichen zugewiesen wurde. (Das wurde seit 2005 in geringem Umfang wieder rückgängig gemacht.) Die Länder haben vor allem umfassende Kompetenzen in der Bildung, in der allgemeinen Verwaltung, in der Polizei und hinsichtlich der Gemeinden, die aber ihre Stadtentwicklungspolitik im Rahmen der Gesetze weitgehend autonom betreiben können.

Im VI. Abschnitt wird die „*Bundesregierung*“ behandelt. Hier wird dem Bundeskanzler eine hervorragende Rolle zugewiesen: Er bestimmt die Richtlinien der Politik, auch „seiner“ Minister, die nur formell vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen werden, jedoch tatsächlich vom Kanzler. Nach Art. 113 kann die Bundesregierung (und hier Kanzler + Finanzminister auch alleine) kostenwirksame Gesetze aus dem Bundestag verhindern.

Die Kanzler sind so stark, weil sie meist die Mehrheit des Parlaments hinter sich haben, die größtenteils aus ihrer eigenen Partei besteht (nur die Kanzler Erhard und Schmidt hatten 1966 und 1982 keine Mehrheit mehr.) Sie können auch diese Mehrheit disziplinieren, indem sie mit Rücktritt und Parlamentsauflösung drohen, was Abgeordnete befürchten lässt, sie könnten ihr schönes Mandat verlieren. Eine autoritäre, parlamentsgestützte Kanzlerherrschaft hat sich sehr bewährt, weil nur so

- die Wiederaufrüstung 1955
- die Notstandsverfassung 1968
- die Ostpolitik von Brandt
- das Management der Wirtschaftskrisen 1975 und 2008
- die Wiedervereinigung
- und die Hartz-Reformen 2003

auf demokratische Weise umgesetzt werden konnten.

Die Kanzler nutzten ihre starke Stellung in unterschiedlichem Maße: Adenauer, Schmidt und Schröder sehr rigoros, Erhard und Brandt ließen dauerdiskutieren und mussten daher vorzeitig gehen; Kohl und Merkel mal so, mal so: 1983 setzte Kohl die Aufstellung der amerikanischen Pershing-Raketen gegen die kommunistischen Aggressionen und gegen die z.T. kommunistisch gesteuerte „*Friedensbewegung*“ durch; und Merkel 2011 einsam ihren Atomausstieg – gegen die Industrie (das nur zum Stichwort: Zu viel Lobbyismus! Beim AKW-Ausstieg ist eher zu sagen: Hier gab es zu wenig Sachverstand der Lobby.)

B.

Politikbereiche
– chronologisch

B. Politikbereiche – chronologisch

I. Innenpolitik

1. Wirtschaft und Soziales

- Die schnelle wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nach 1951 (im Gegensatz zu den 20ern) ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:
 - Die industrielle und Verkehrsstruktur war nur zu 20% zerstört.
 - Der Krieg hatte eine Hochtechnologisierung gebracht.
- Die Industrie produzierte auch nach 1945 weiter.
- Deutschland war traditionell ein Land der Schwerindustrie und des Maschinenbaus (letzteres bis heute).
- Es bestand ein qualifizierter und fleißiger Facharbeiterstamm.
- Die politischen Strukturen waren stabil, zunächst durch die Besatzungsherrschaft, dann durch Kanzler Adenauer, der von 1949 bis 1963 regierte.
- 1948 wurde die Währung stabilisiert: Unternehmen und Landwirtschaft investierten und verkauften wieder, weil man nicht befürchten musste, sein Geld durch Inflation zu verlieren. Außerdem erleichterte die Unterbewertung der neuen DM die Exporte.
- Die Einheitsgewerkschaft DGB zog durch gemäßigte Lohnforderungen mit.
- Das Bankensystem funktionierte unter der sanften Steuerung der Deutschen Bank, die die zukunftsfähigen Industrien finanzierte.
- Die USA stellten günstige Kredite (Marshall-Plan, für Deutschland rd. 2 Mrd. \$), mit denen die notwendigen Maschinenersatzteile in Amerika gekauft werden konnten, die Deutschen hatten mangels Exporten noch nicht genügend Devisen in Dollar.
 - 1950 wurden die Demontagen und deutschen Reparationsleistungen beendet. Die deutschen Auslandsschulden wurden von 30 Mrd. auf 15 Mrd. DM großzügig reduziert (Londoner Abkommen 1953), da die Westalliierten wussten, dass nur ein politisch und wirtschaftlich stabiles Deutschland die Weltwirtschaft wieder auf die Beine bringen und den Kommunismus abwehren könnte.
 - steuerliche Erleichterung von Investitionen

- keine investitionshemmenden staatlichen Kontrollen mehr, freie Preisbildung seit Beginn der 50er
- weltweiter Konjunkturboom infolge des Investitionsschubes durch den Korea-Krieg (Einmarsch der kommunistischen Nordkoreaner in das westlich orientierte Südkorea)
- Lohnsteigerungen für die Massenkaukraft
- Entflechtung der Konzerne, u.a. durch das neue Bundeskartellamt von 1957, um den Wettbewerb zu erhöhen, mit kauffördernden Preissenkungen als Folge
- genügend billige Arbeitskräfte durch die 10 Mio. aus dem Osten eingewanderten deutschen Vertriebenen
- billige Energie
- Autokonjunktur
- sparsamer, wenig verschuldeter Staat, was die Zinsen zugunsten der Wirtschaft senkte
- wenige Streiks, hohe Disziplin
- günstige mittelständische und flexible Struktur der deutschen Wirtschaft.

Migration

Spätestens Anfang der 60er Jahre war der deutsche Arbeitsmarkt so leer und alle Vertriebenen und ein Teil der Frauen in ihm integriert, dass der Zuwachs durch die Flüchtlinge aus der Ostzone nicht mehr reichte, zumal dieser Zuwachs mit dem Bau der Berliner Mauer 1962 versiegt. Eine schnellere Mechanisierung der deutschen Wirtschaft war angesichts der technischen Entwicklung nicht ohne Weiteres möglich, weil auch niedrige Löhne dazu nicht anreizen. So waren schon seit Mitte der 50er Jahre Anwerbeabkommen mit südeuropäischen Staaten abgeschlossen worden, u.a. mit Italien und der Türkei, vor allem auch auf amerikanischen Druck und die Entwicklungspolitiker hin, die Arbeitsmärkte dieser Länder zu entlasten, um den Kommunismus in Südeuropa abwehren und den Ländern helfen zu können.

Insgesamt 2,7 Mio. Ausländer kamen, 2 Mio. gingen zurück, 700.000 blieben, die sich mittlerweile durch Familienzuzug, höhere Geburtenhäufigkeit und weitere Zuwanderungen aus Osteuropa seit 1990 auf 7 Mio. erhöht haben – die